

Haushaltsrede für den Doppelhaushalt 2025/2026

Fraktionsgemeinschaft

**Liste Engagierte Bürger/Demokratie in
Bewegung**

**gehalten von Jürgen Kemmer am 26.
November 2024**

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ruppner, Herr Erster Bürgermeister Diem und Herr Bürgermeister Dr. Kalbfell, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sehr geehrte Damen und Herren.

Wir stehen hier und heute sowie in Zukunft vor einer eigentlich unlösbaren Aufgabe: der Quadratur des Kreises. Darunter versteht man die zeichnerische Umwandlung einer Kreisfläche in ein flächeninhaltsgleiches Quadrat mithilfe eines Lineals und Zirkels. Es ist bekannt: Dies ist eine Aufgabe, die unmöglich umzusetzen ist - genauso wie die Bewältigung der sich häufenden Aufgaben der

Kommunen in Deutschland. Städte und Gemeinden sollen den Rechtsanspruch einer Ganztagesbetreuung in Grundschulen umsetzen, sollen darüber hinaus die zum Teil in die Jahre gekommene städtische Infrastruktur erhalten, sie sollen für Wohnraum sorgen, ohne finanziell weniger gut ausgestattete Bevölkerungsschichten zu vergessen, gleichzeitig geflüchtete Menschen unterbringen und ihnen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, die Liste ist lang und längst nicht vollständig.

Dies alles wird von der großen Politik beschlossen und an die Städte und Gemeinden delegiert, ohne dabei aber die monetäre Ausstattung zu berücksichtigen. Fakt ist längst: Die Steuereinnahmen wachsen langsamer als die Kosten im sozialen Bereich. Auch die Fraktion L.E.Bürger/DiB beklagt: Bund und Landbürden den Kommunen mehr und mehr kostenintensive Aufgaben auf, lassen sie dann aber bei der Bewältigung und vor allem bei der Finanzierung am langen Arm verhungern. Man kann sich fast nicht mehr des Eindrucks erwehren: Es ruht ein Fehler im System - das Unerträgliche daran: Wir in unserer Stadt können nicht an den Stellschrauben drehen, um dies zu verändern. Das muss an anderer Stelle geschehen.

Die kommunalen Ausgaben steigen jährlich - im vergangenen Jahr wiesen die Gemeinden in Deutschland ein Finanzierungsdefizit von 6,8 Milliarden Euro auf. Die bereinigten Ausgaben der Gemeinden stiegen 2023 im Vergleich zu

2022 sehr stark um 12,0 Prozent (auf 364,9 Milliarden Euro) an. Treiber der Ausgabenseite waren vor allem auch Ausgaben im sozialen Bereich, in den Kernhaushalten stiegen die Personalausgaben um 7,4 Prozent auf 80,9 Milliarden Euro. Wie Sie mehrfach gehört haben, wird auch Leinfelden-Echterdingen in naher Zukunft defizitär arbeiten und um eine Schuldenaufnahme nicht herumkommen.

Wenn der Satz zutrifft, dass nur schlechte Nachrichten gute Nachrichten sind, dann lebt es sich als Journalist in diesen Wochen und Monaten gut. Kriege, Gewalt, Krisen, menschliche Schicksale, Probleme, jeden Tag sind die Nachrichten voll davon - und leider ist auch unsere Stadt keine Insel der Glückseligen, wengleich wir feststellen dürfen: Unsere Probleme und Sorgen sind verglichen damit, was andere Menschen in anderen Städten dieser Erde erleiden müssen, um ein Vielfaches erträglicher.

Es geht in Leinfelden-Echterdingen darum, die Pflichtaufgaben einer Kommune zu erfüllen. Dazu gehören Schulen und Kinderbetreuung, Unterbringung von Geflüchteten, ein ausgewogenes Mobilitätskonzept, Stadtentwicklung im Zeichen des Klimawandels, um nur einige Hausnummern zu nennen. Aber im Gesamtblick sind auch dabei die schlechten Nachrichten auf dem Vormarsch, wie die Botschaft des Oberbürgermeisters bei der Einbringung des Haushaltes erkennen ließ. Unser Haushalt ist bald nur noch zu stemmen, wenn wir Schulden

aufnehmen - da die Einnahmen, die zu drei Vierteln aus Steuern bestehen, sich nicht in dem Maße steigern lassen, wie es die nahenden Ausgaben nötig machen würden. Dabei werden Städte wie unsere für ihre Bemühungen, die Einnahmenseite voranzubringen, indirekt bestraft. LE wendet Millionen Euro und die Arbeitskraft der Verwaltung auf, um durch Ansiedlung von Unternehmen bzw. durch die Attraktivierung des Standortes Firmen zu halten und die Einnahmen aus Gewerbesteuer zu erhöhen. Doch es verbleiben lediglich 47 Prozent dieser Einnahmen in der Stadt, mehr als die Hälfte fließt ab in Umlagen.

Das Erhöhen der Einnahmen in einem Rahmen, der sich im Haushalt bemerkbar machen würde, schließt sich im Grunde aus, da dies nur über eine Erhöhung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zu erreichen wäre. Eine finanzielle Überlastung von Unternehmen und der Bevölkerung liegt außerhalb unserer Gedanken, was nicht bedeutet, dass wir uns nachvollziehbaren Erhöhungen mit Augenmaß verschließen. Der Hebesatz der Grundsteuer ist noch nicht beschlossen, aber die Fraktion L.E.Bürger/DiB wird darauf achten, niemanden über Gebühr zu belasten. Um durch das gesetzliche Dickicht zu blicken, erwarten wir von der Verwaltung, den Stadträten umfassend darzulegen, wie sich mögliche Hebesätze auswirken - denn wir alle wissen, dass davon auch die Mieten in unserer Stadt abhängen.

Der Gemeinderat hat das Handlungsprogramm Wohnen verabschiedet und den Willen erklärt,

2000 Wohnungen bis 2030 zu schaffen. Die wirtschaftliche Entwicklung erschwert es nicht nur in Leinfelden-Echterdingen, bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten zu errichten. Allein gegenüber August 2023 sind die Kosten rund ums Bauen bis August 2024 bundesweit um 3,1 Prozent gestiegen, die Lage entspannt sich ein wenig, nachdem 2022 noch Steigerungen von bis zu 17 Prozent und 2023 noch knapp 9 Prozent verzeichnet wurden.

Diese Kostenexplosion führt dazu, dass sich die Stadt in Nachverhandlungen mit Investoren begeben muss, wie bei der Maßnahme Kaepsele geschehen - mit der Folge, die mietpreis-gedämpften Wohnungen im Gebiet zu opfern, um den Investoren noch eine angemessene Rendite zu gewähren. Wir haben dabei begrüßt, dass die Stadt in allen drei Bauabschnitten Wohnungen kaufen will, um diese mit günstigen Mieten auch für finanziell Schwächere sowie junge Menschen bezahlbar zu gestalten. Diesen Weg halten wir in der aktuellen Situation für den richtigen, um den sozialen Aspekt im Wohnungsbau weiter zu verfolgen, indem die Kommune den Mietpreis subventioniert - wir hoffen aber, dass wir die im Handlungsprogramm Wohnen festgelegten Konditionen für mietpreis-gedämpfte Wohnungen langfristig wieder umsetzen können.

In diesem Zusammenhang kann es nicht sein, dass Wohnraum entzogen wird, indem er Übernachtungsgästen angeboten wird - Stichwort AirBnB und ähnliche Portale. Dazu

wurde von anderer Seite bereits ein Vorstoß unternommen, eine entsprechende Satzung zu erlassen, was unsere Fraktion vollumfänglich unterstützt.

In puncto Leerstandsmanagement unternehmen wir die ersten Schritte. Bringt man die aktuelle Leerstandsquote von knapp 14 Prozent der Büroflächen mit den Kostensteigerungen beim Bau miteinander in Verbindung, drängt sich eine Lösung auf: die Umwandlung von Gewerbe- in Wohnfläche. Nun gibt es aber in unserem hoch regulierten Staat mehr als 20.000 baurelevante Regelungen, es geht um Lärm- und Brandschutz, um energetische Aspekte, um sanitäre Zwänge - dieser Wust macht die Umwandlung kompliziert und teuer. Leider sind uns dabei die Hände gebunden, wir erhoffen, ja wir erwarten von der künftigen Bundesregierung Neuregelungen, damit eine solche Umnutzung schneller umgesetzt werden kann.

Stellplatzschlüssel 0,7? Bei diesem Quotienten dürften einige hier zusammenzucken. Die 1,0 ist für uns keine heilige Kuh, unsere Fraktion kann unter bestimmten Umständen mit 0,7 leben - um damit die Investitionskosten zu senken. Was wären die Voraussetzungen? Zum einen freilich die Anbindung an den ÖPNV, die etwa im Schelmenäcker oder den Bergäckern hervorragend ist, aber auch die Stärkung eines attraktiven Programms zum Carsharing sollte dazu führen, den Parkdruck in Wohngebieten zu mindern. Schließlich hilft der Blick auf die künftige Struktur der Mieter und Eigentümer -

sind ältere oder jüngere Menschen darunter, die womöglich gar nicht alle einen eigenen Pkw besitzen? Diese Überlegungen sind nicht neu, sie werden bereits in anderen Kommunen umgesetzt. Denn so paradox es klingt: Eine Stellplatzstudie hat ergeben, dass, je mehr Stellplätze vorhanden sind, umso mehr steigt die Nutzung des Autos. Warum nicht in geeigneten Gebieten einige unserer städtischen Wohnungen ausschließlich vermieten an Menschen, die sich bewusst dafür entscheiden, kein eigenes Kfz zu besitzen? Eine unkomplizierte Möglichkeit wäre es, den Verzicht im Mietvertrag bereits festzulegen mit dem Hinweis, dass für diese Wohnung weder Stellplatz noch Anwohnerparkausweis zur Verfügung gestellt werden.

Auf Stellplatzschlüssel folgt Parkraumkonzept. Wir sehen es als notwendig an, das aktuelle, von der Bevölkerung oft kritisierte Parkraummanagement zu überarbeiten und das Parkraumkonzept 2.0 auf den Weg zu bringen - denn die aktuelle Regelung geht zumindest gefühlt mehr zulasten der Menschen aus LE im Vergleich zu den Flughafen-/Messeparkern, die wir damit verhindern wollen. Lassen Sie uns mit einer Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger starten, um den PKW-Nutzern zu erläutern, welche Vorgaben von der Stadt beachtet werden müssen, sowie um zu erfahren, wo sie der Schuh beim Parken drückt - vielleicht liefern sie sogar einen Ansatz für Lösungen. Mit etwas Gehirnschmalz und Willen werden wir Wege finden, um das

Parkraumkonzept lebensnaher für Menschen aus LE zu gestalten.

Um im Immobilienmanagement die Übersicht zu behalten und die richtigen Entscheidungen treffen zu können, braucht es für uns die dazu notwendigen Informationen; knapp und präzise, mit einer Zeitschiene hinterlegt und mit von den zuständigen Ämtern ergänzenden Dringlichkeitsvermerken. Für die Sanierung der Schulen haben wir eine solche Übersicht erhalten. Wir haben aber noch etliche andere städtische Gebäude, deren energetische Sanierung immer wieder geschoben wird, was die Kosten in die Höhe treibt. Hinzu kommen Sanierungsgebiete, die wir ausgewiesen haben, und neue Projekte bzgl. Wohnbebauung und Gewerbeentwicklung. Dies ist nicht die erste Haushaltsrede unserer Fraktion, in der wir betonen, wie wichtig grundlegende Konzepte wie Sanierungspläne und Priorisierungen sind. Wir bitten die Verwaltung, mit Augenmaß und Voraussicht zu agieren und die Gemeinderatsmitglieder auf dem Laufenden zu halten.

Damit die Belegschaft aber effizient arbeiten kann, ist unserer Fraktion eines besonders wichtig: Der Umzug in ein zentrales Verwaltungsgebäude, er muss an vorderster Stelle einer Prioritätenliste stehen. Wir müssen beste Voraussetzungen schaffen angesichts des Fachkräftemangels und der anstehenden Rentenübergänge der Babyboomer, damit unsere Verwaltung auch in 15 Jahren genügend gut ausgebildetes Personal

zur Verfügung hat. Die übergeordnete Politik muss die Zuwanderung von Fachkräften stärken - etwa durch eine schnellere Visavergabe und einer leichter umsetzbaren Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen. Wir vor Ort müssen versuchen, zugewanderten Menschen zeitnah eine Perspektive zu bieten. Vor allem müssen wir den städtischen Bediensteten einen modernen und sympathischen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen. Dies geht nur mit einem Verwaltungsgebäude mit modernen Standards und Wertschätzung der Belegschaft.

Damit schlagen wir drei Fliegen mit einer Entscheidung: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten moderne Arbeitsplätze, was auch die Anwerbung von neuen Beschäftigten erleichtert. Zudem herrscht ein besserer und zeitlich entspannter Informationsfluss. Und schließlich spart unsere Stadt jährlich rund 300.000 Euro an Mietzahlungen.

Ganz besonders im Fokus: Kinder, Jugend und ältere Menschen. Die Vorgehensweise, um Eltern einen passenden und vor allem verlässlichen Betreuungsplatz zu bieten, halten wir für richtig. Auch wenn das viel Geld kostet. Wenn man den Stellenplan liest, stellt man fest: Rund 243 Stellen entfallen auf die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, der Tagespflege und junger Menschen. 243 von rund 679 Stellen macht das aus, 36 Prozent. Legt man zugrunde, dass die Personalkosten rund ein Drittel aller Ausgaben ausmachen, ist das ein Batzen. Hinzu kommen Kosten in Höhe

von mehreren Millionen Euro für die Infrastruktur. Aber, und das ist unsere feste Überzeugung, es ist zwingend erforderlich, alle Familien bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Wir freuen uns über eine engagierte Verwaltung, die dabei hervorragende Arbeit leistet. Dass wir nicht aufhören dürfen, an Verbesserungen zu arbeiten, ist selbstverständlich.

Bisher waren wir bei der Erhöhung der Entgelte für die Kinderbetreuung zurückhaltend. Das wird so bleiben. Allerdings sehen auch wir die Notwendigkeit, dass sich Eltern an den ausufernden Kosten entsprechend beteiligen. Finanziell gut gestellte Familien werden ihren Beitrag leisten, dafür sollten sie aber auch eine qualitätsvolle und verlässliche Betreuung ihrer Kinder erhalten. Finanziell weniger betuchte Familien wollen wir weiter mit dem Stadtpass unterstützen, der angepasst werden muss. Mit Befremden haben wir die Diskussion im VKS verfolgt, wo wir den Eindruck bekamen, dass dies von anderen Fraktionen nicht so gesehen wird. Versuche, den Haushalt zu sanieren, indem man Geld bei denen holt, die Hilfe dringend brauchen, halten wir für unerhört.

Auch die ältere Einwohnerschaft behalten wir im Blick. Einzelne Maßnahmen aufzuführen, würde den Rahmen der Rede sprengen. Wir schätzen das Engagement des Stadtseniorenrats außerordentlich und wollen dessen Arbeit ausdrücklich unterstützen: Mit einer Person, die verlässlich als

Ansprechpartner zur Verfügung steht und die Ideen und Projekte vorantreibt.

Und dann haben wir noch ein Gebäude, das als Moschee geplant und gebaut wurde - und das nach einem Rechtsstreit mit dem islamischen Verein wieder in städtisches Eigentum gekommen ist. Was tun mit dem Gebäude, das längst nicht bezugsfertig ist und das sich Jahre im Dornröschenschlaf befand. Aktuell wird überprüft, ob eine Fertigstellung überhaupt möglich und wirtschaftlich darstellbar ist. Falls diese Punkte erfüllt sind, drängt sich aus Sicht unserer Fraktion nur eine Lösung auf: Die Fertigstellung und Nutzung als Gotteshaus für Muslime. Nur auf diesem Weg können wir für ein friedliches Ende im jahrelangen Zwist sorgen, sodass sich alle Beteiligten wieder vorurteilsfrei in die Augen zu sehen vermögen. Unsere Fraktion erwartet Gespräche mit möglichen Vereinen, darunter natürlich auch der VKBI, der seit Jahrzehnten in unserer Stadt aktiv ist, die das Gebäude einer Nutzung zuführen und den Bau vollenden sowie betreiben wollen.

Wir mögen die schönste Seite der Filder sein, wie wir LE einmal umschrieben haben, aber eine Stadtentwicklung ist nicht endlich - es gibt immer wieder Aufgaben, die bewältigt werden müssen und die das Gesicht einer Kommune verändern. Die HiMi in Echterdingen ist ein gutes Beispiel. Das Kino steht längst nicht mehr, die Bäckerei Treiber befindet sich in neuen Räumen, die Kreissparkasse ebenfalls, die Bernhäuser Straße von 1970 hat außer dem

Namen mit der Bernhäuser Straße von heute nicht mehr viel gemein und wird sich bald wieder deutlich verändern. Unsere Fraktion setzt darauf, aus ihr das zu machen, was in der Soziologie Third Place genannt wird - also ein Wohlfühlort, an dem sich Menschen gerne aufhalten, neben dem First Place Familie und dem Second Place Arbeitsstelle. Und damit wird ein untoter Geist wieder geweckt, der manche erschauern lässt. Sein Name: Fußgängerzone.

Warum sollte der Bereich zwischen „Im Gässle“/„Bäckergasse“ und der Einfahrt zur Tiefgarage Zehntscheuer nicht Auto-frei sein? Wir kennen die Vorbehalte der Feuerwehr und der Geschäftsleute gegen einen solchen Plan, wir sind uns bewusst, dass Existenzen damit verbunden sind, dass in Echterdingens Zentrum eingekauft wird. Das wischen wir nicht, so mir nichts, dir nichts beiseite. Aber warum sollte dies bei einer Neuordnung ein Tabuthema sein? Warum sollte eine attraktive Bernhäuser Straße - mit einem freien WLAN versehen - nicht gerade mit einer neuen Behaglichkeit ohne Autos am Straßenrand weitere Kunden locken und die alten halten? Wir wissen wohl, dass dies ein dickes Brett zu bohren wäre, selbstverständlich müssen die Geschäftsleute in die Entscheidungsfindung eingebunden werden, müssen Möglichkeiten ausgelotet und Härten thematisiert werden. Aber unsere Fraktion schreckt davor nicht zurück, weil wir überzeugt sind, dass dies für Echterdingen und LE ein Gewinn wäre.

Nur ein paar Schritte entfernt befindet sich der Zeppelinplatz, der auf östlicher Seite ebenfalls im Dornröschenschlaf schlummert und der bald geweckt werden sollte. Die Stadt hat Millionen Euro in den Grunderwerb investiert, daher sollte das Gelände nicht weitere Jahre unberührt bleiben. Es gilt, dort von unserer Seite aktiv zu werden, auf Investoren zuzugehen, Pläne zu entwerfen, einen Wettbewerb zu starten, um neues Leben zu erwecken in einem Bereich, der nach dem Kirchplatz mit der Bernhäuser Straße die zweite gute Stube Echterdingens werden kann. Mit der Vermarktung flössen - davon ganz abgesehen - wieder einige Millionen Euro in unser Stadtsäckel.

Als eine Voraussetzung für die Attraktivierung des Kerns von Echterdingen sehen wir aktuell den durchgängigen Bau der Nordsüd-Straße. Aus unserer Sicht ist es nur so möglich, die Hauptstraße von Autoverkehr zu entlasten, um dort durch entsprechende Umgestaltungen eine erlebbare, menschenfreundliche Straße für Fußgänger, aber auch für Radfahrer zu machen. Denn der Verkehrsdruck wird zunehmen. Aus Waldenbuch und Steinenbronn, die beide nicht an die Schiene angeschlossen sind, müssen Menschen auf dem Weg nach Stuttgart durch Leinfelden oder Echterdingen fahren, sofern sie nicht im Bus sitzen. Und dass in den beiden Kommunen aufgesiedelt wird, dürfte sich herumgesprochen haben. Zusätzlich werden die neuen Bewohner des Gebietes Kaepsele, so sie im PKW gen Stuttgart wollen, durch die

Hauptstraße fahren oder als Alternative die Martin-Luther-Straße wählen.

Eine neue Straße zieht Verkehr an, heißt es - und genau das bezwecken wir damit. Eine Umgehungsstraße von der alten B27 bis zur Autobahn wird diejenigen KFZ-Lenker locken, die sich nicht mehr durch unsere Ortskerne quälen wollen. Es könnte eine Win-Win-Situation werden: Weniger Verkehr in den Ortskernen, schnelleres Vorankommen der Autofahrer über die Umgehung. Der Knackpunkt dieses Großprojektes liegt an der Leinfelder/Echterdinger Straße in den Schelmenäckern. Zahlreiche Fragen sind ungeklärt, zahlreiche Zusammenhänge zwischen Stadtbahn-Verlängerung U5 und Osttangente oft nur hinter vorgehaltener Hand kommuniziert, sodass verschiedene Szenarien als Gerüchte durch die Stadt geistern. Daher halten wir, wie bei der Klausurtagung angesprochen, eine umfassende Information bei einer Sondersitzung des Gemeinderates für zwingend nötig - damit dieses Gremium im kommenden Jahr - auch mit Blick auf die Finanzierung - eine Grundsatzentscheidung fällen kann: Wollen wir eine durchgängige Nordsüd-Straße? Ja oder nein! Mit all den daraus folgenden Konsequenzen.

Ein kurzer Blick in die Rötlesäcker. Dort haben sich die Pläne mit Daimler Truck zerschlagen, dennoch wäre es nicht sinnvoll, die Entwicklung deshalb ruhen zu lassen. Die Stadt sollte die Rötlesäcker Nord so weit entwickeln, dass wir Interessenten aus der Wirtschaft schnell und

umfassend ein Angebot unterbreiten können, sollten sie in unserer Stadt ein Potenzial für ihr Unternehmen sehen. Auch wenn nur etwa die Hälfte der Gewerbesteuer letztlich bei uns kassenwirksam wird, dürfen wir diese Einnahmeseite keinesfalls vernachlässigen. Freilich öffnen wir nicht jedem Unternehmen Tür und Tor, sich dort anzusiedeln - am Ende haben immer noch wir die Entscheidung, ob das Unternehmen, seine Pläne und die Gebäude zu Leinfelden-Echterdingen passen.

Und weil gilt, wer arbeitet, darf auch feiern, streifen wir kurz das Thema Festplatz. Das haben wir keinen in unserer Kommune. Für die Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum im nächsten Jahr wurde das Gelände am Sportpark Goldäcker ausgewählt. Eine gute Wahl, liegt es doch zwischen Leinfelden und Echterdingen, in gewissem Sinne zentral bei guter Erreichbarkeit. Unsere Fraktion würde es begrüßen, diesen Weg weiter zu beschreiten, um dort ein Festgelände zu etablieren, also die entsprechenden Voraussetzungen schaffen - beispielsweise für Konzerte aller Art, Jubiläen, Gewerbemessen, usw.

Nordsüd-Straße, U5-Verlängerung, Nordspange Unteraichen, Verkehrsentlastung der Ortskerne. In der Umsetzung liegt die Herausforderung. Unsere Fraktion steht nach wie vor zur U5-Verlängerung bis Echterdingen, mit der Einschränkung, die Endhaltestelle am Hinterhof einzurichten. Eine Weiterführung zum Zeppelinplatz wäre fraglos wünschenswert, weil höchst attraktiv - doch wir vermuten, dass

die Kosten und die Einschränkungen für den (Liefer-)Verkehr sowie die Anlieger-Fahrschule in der Kanalstraße die Vorteile in den Schatten stellen.

Kehren wir gegen Ende dieser Haushaltsrede noch einmal zurück zur überregionalen Politik. Es wurde in den vergangenen Monaten oft gemahnt, die Demokratie zu stärken als Reaktion auf das stete Erstarren einer rechtsextremen Partei, die zuletzt bei Landtagswahlen erschreckend viele Stimmen bekommen hat. Sie erinnern sich sicher alle noch an den bundesweiten Aufruf, demokratische Stärke zu beweisen, gemeinsam gegen rechts Stellung zu beziehen, was zu zahlreichen Demonstrationen geführt hat. Keine Frage: Das begrüßen wir, das unterstützen wir.

Nun folgt ein ausgesprochen verärgertes Aber. Gehen wir zurück zu den Kommunalwahlen im Juni. Dabei wurden genau diese Kräfte drastisch beschnitten, die für eine starke Demokratie sowie die Wahrung aller Grundrechte eintreten - nämlich die Parteien und Gruppierungen, die hier in diesem Gemeinderat vertreten sind. Im Amtsblatt existiert ein Statut, das es verbietet, sich acht Wochen vor einer Wahl in diesem Medium zu äußern. Ein Maulkorb für das ureigenste Recht aller politisch aktiven Kräfte, meinungsbildend tätig zu werden.

Die Infostände auf den Wochenmärkten durften nur auf bestimmten Flächen errichtet

werden. Warum? Weil seitens der Marktbeschicker befürchtet wurde, dass der Stand einer rechtsextremen Partei in der Nähe für Umsatzeinbußen sorgen könnte. Dass damit auch die politischen Kräfte, die für unsere Verfassung einstehen, indirekt in diesen Topf gestopft wurden, ist mehr als ein Armutszeugnis. Es ist ein Einknicken vor den Kräften, die es zu bekämpfen gilt. So stellen wir uns keine wehrhafte Demokratie vor. Wir fordern von der Verwaltung sowie von den übrigen Fraktionen, vor den nächsten Kommunalwahlen aktiv zu werden bezüglich einer Änderung dieses Statuts und bezüglich der Regeln, die vor einer Kommunalwahl in Leinfelden-Echterdingen für politische Kräfte gelten. Da dies auch alle anderen Kommunen betrifft, erwarten wir, die Problematik vor den Städtetag zu bringen. Die Wurzeln der Demokratie liegen in Städten und Gemeinden, werden diese Wurzeln am Wachsen gehindert, kann ein Baum nicht seine volle Größe erlangen, die nötig ist, um zu leben.

Und erlauben Sie mir, einen weiteren Kritikpunkt zu äußern, der die Arbeit in der Kommunalpolitik betrifft. Niemand strebt das Amt als Mitglied des Gemeinderates an, um seine private Kasse aufzubessern. Die Motivation liegt in der politischen Arbeit für unsere Stadt. Dass Entschädigungen fürs Ehrenamt gezahlt werden, ist erfreulich - wenn sie die Vergütung mit den aufgebrauchten Stunden verrechnen, kommen Sie auf einen Stundenlohn, der wohl unterhalb des Mindestlohnes liegen dürfte. Was uns sauer

aufstößt, ist die Steuerpflicht, die auf diesen Einnahmen liegt. Es gibt zwar Freibeträge, übersteigen die Aufwandsentschädigungen diese, entstehen weitere finanzielle Nachteile, weil eine zusätzliche Einnahmeart entsteht. Wie oft wird über Politikverdrossenheit lamentiert und diskutiert, warum es nicht leicht ist, die Listen vor einer Kommunalwahl zu füllen...

Unsere Fraktion hält es für ein wichtiges Zeichen, die Freibeträge zu erhöhen (oder die Steuerpflicht zu streichen), um der Gemeinderatsarbeit aus finanzieller Sicht mehr Attraktivität zu verschaffen und die Wertschätzung auszudrücken. Diese Regelung darf freilich sehr gerne auf Ehrenämter in Sport, Kultur und anderen Bereichen ausgeweitet werden - denn ohne ehrenamtliches Engagement wird das Leben in jeder Kommune zum Erliegen kommen. Der Worte diesbezüglich sind genug gewechselt, es sollten Taten folgen.

Abschließend danke ich für Ihre Aufmerksamkeit sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren täglichen Einsatz zum Wohle unserer Stadt.